

**DER BUNDESMINISTER  
FÜR LANDESVERTEIDIGUNG**

II - 4136 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

GZ 10 072/388-1.1/86

"Diskriminierung des Handels im Bereiche  
des Bundesministeriums für Landesvertei-  
digung";

Anfrage der Abgeordneten Ing. DITTRICH  
und Kollegen an den Bundesminister für  
Landesverteidigung, Nr. 1939/J

1922/AB

1986 -04- 30

zu 1939/J

Herrn

Präsidenten des Nationalrates

Parlament

1017 Wien

In Beantwortung der seitens der Abgeordneten zum Nationalrat Ing. DITTRICH  
und Kollegen am 5. März 1986 an mich gerichteten Anfrage Nr. 1939/J beehre  
ich mich folgendes mitzuteilen:

Zunächst möchte ich grundsätzlich feststellen, daß dem Bundesministerium für  
Landesverteidigung eine "Diskriminierung des Handels" im Sinne der Gegen-  
standsbezeichnung der vorliegenden Anfrage völlig fernliegt.

Es muß allerdings im vorliegenden Zusammenhang betont werden, daß auch das  
Bundesministerium für Landesverteidigung dem Gebot des § 2 Abs. 2 Bundes-  
ministeriengesetz 1986 unterliegt, wonach die Bundesministerien die ihnen  
übertragenen Geschäfte "in zweckmäßiger, wirtschaftlicher und sparsamer  
Weise zu besorgen" haben; die Überprüfung der Einhaltung dieser Grundsätze  
obliegt dem Rechnungshof. Berücksichtigt man ferner die begrenzten Budget-  
mittel, so ergibt sich zwingend, daß beim Einkauf stets das Wirtschaftlich-  
keitsprinzip zu beobachten ist, wobei die Vergabe an den Bestbieter erfolgt,  
unabhängig davon, ob es sich hiebei um den Erzeuger selbst oder einen befug-  
ten Händler handelt.

Aus den vorstehenden Ausführungen läßt sich daher die Intention des Ressorts  
ableiten, jeden Beschaffungsumweg nach Möglichkeit zu vermeiden und in jenen  
Fällen, in denen dies die Vertriebsorganisation des Produzenten zuläßt, beim  
Hersteller direkt zu kaufen. Nicht zuletzt verfügt das Bundesministerium für

- 2 -

Landesverteidigung mit seiner Sektion IV (Sektion für Rüstung, Beschaffung und Versorgung) über eine Organisationseinrichtung, welche auch die für die Durchführung von Importgeschäften erforderlichen Voraussetzungen aufweist.

Die seitens des Bundesministeriums für Landesverteidigung geübte Vorgangsweise, die dem gesetzlichen Sparsamkeitsgebot sowie den diesbezüglichen Beschaffungsrichtlinien der ÖNORM A 2050 entspricht, hat sich im übrigen seit mehr als 20 Jahren bewährt. Sie soll daher auch in Hinkunft beibehalten werden, zumal sie sich keineswegs "gegen den Handel" insgesamt richtet, sondern lediglich bewirken soll, daß Zwischenhändler, Vermittler etc. in jenen Fällen, in denen ihre Einschaltung entbehrlich ist, nicht in Anspruch genommen werden; in diesem Sinne sind daher die einschlägigen Richtlinien nur gegen einen "funktionslosen" Zwischenhandel gerichtet.

Im einzelnen beantworte ich die vorliegende Anfrage wie folgt:

Zu 1:

Wie ich schon einleitend ausgeführt habe, enthalten die einschlägigen Weisungen nicht die Anordnung, den "Handel bei der Beschaffung von Gütern grundsätzlich auszuschließen"; wohl aber sind die diesbezüglichen Bestimmungen - es handelt sich dabei im wesentlichen um die "Richtlinien für die Vergabe von Leistungen (RVL)" und die "Richtlinien für die Beschaffung (RfB)" - darauf gerichtet, jeglichen Beschaffungsumweg zu vermeiden.

Zu 2:

- a) Die erwähnte Praxis besteht im Bundesministerium für Landesverteidigung seit mehr als 20 Jahren und fand in den vorgenannten Richtlinien ihren Niederschlag.
- b) Ich verweise auf meine obigen Ausführungen.
- c) Die einschlägigen Formulierungen lauten wie folgt:
  - 1. "h) Offerteinholungen, Bestellungen usw. sind an den Lieferanten - nach Tunlichkeit an den Erzeuger bzw. Erstlieferanten der Ware - direkt zu richten, ohne Einschaltung eines Vermittlers und ähnlich bezeichneter Personen" (Ausführungsbestimmungen/"AB", lit.h) zu Pkt.1, 34 der ÖNORM A 2050).

- 3 -

2. "13.2.4. Damit keine Möglichkeit zum Abschluß von Gegengeschäften verloren geht, sind auch ausländische Erzeugnisse nicht beim Zwischenhändler, sondern grundsätzlich beim Hersteller zu kaufen" (Auszug aus "RfB").

3. "14. Wettbewerb, Auswahl des Vertragspartners

Alle Organe, die in Beschaffungsangelegenheiten tätig sind, haben sich so zu verhalten, daß bei der Auftragsvergabe dem Prinzip des freien Wettbewerbs uneingeschränkt entsprochen werden kann.

14.1. Es ist grundsätzlich nicht beim funktionslosen Zwischenhandel, sondern beim Hersteller oder Erstverkäufer ohne Einschaltung von Vermittlern oder ähnlich bezeichneten Personen zu beschaffen. Jeder Beschaffungsumweg ist zu vermeiden.

14.2. Hat eine ausländische Lieferfirma in ÖSTERREICH einen autorisierten Vertreter, so können seine Dienste im Rahmen seiner nachgewiesenen Vertreterbefugnisse in Anspruch genommen werden. Der Schriftverkehr erfolgt direkt mit dem Vertragspartner und nicht über den Vertreter. Eine lückenlose Information des Vertreters mit Kopie ist sicherzustellen" (Auszug aus "RfB").

d) Aus den bereits erwähnten Gründen sehe ich mich nicht in der Lage, Änderungen der bestehenden Anordnungen vorzunehmen.

28. April 1986

